

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1796

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1796



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

2019: Neujahrsvorsätze Résolutions pour la nouvelle année

11 Forderungen an die

Schweizer Aussenpolitik

11 souhaits pour la politique

extérieure suisse

Januar / Janvier 2019

Henry Kissinger meinte einst: «Aussenpolitik ist eine Kunst, die wie ein Handwerk aussieht.» Als Schweizer Think Tank zur Aussenpolitik ist es uns wichtig, diese Kunst aktiv mitzugestalten. Das *foraus*-Modell setzt darauf, konstruktive Lösungen für die Aussenpolitik zu erarbeiten – und zwar nicht nur über den traditionellen Politikmechanismus, sondern durch einen offenen, demokratischen Mitgestaltungsprozess. Das Jahr 2019 bringt spannende Herausforderungen für die Aussenpolitik mit sich: Seien das die EU-Wahlen, der Brexit, der Amtsantritt von Bolsonaro in Brasilien, oder die Schweizer Debatte zur Entwicklungspolitik. Unsere 11 Programmgruppen haben sich überlegt, was sie sich in ihren Themenbereichen von der Schweizer Aussenpolitik für das Jahr 2019 wünschen. Wir wollen diese Herausforderungen zusammen angehen und Teil der Lösung sein. Lasst uns gemeinsam die Zukunft prägen – fangen wir mit dem Jahr 2019 an.

Henry Kissinger a dit un jour : « La politique étrangère est un art qui ressemble à un métier ». En tant que groupe de réflexion suisse sur la politique étrangère, il est important pour nous de jouer un rôle actif dans l'élaboration de cet art. Le modèle *foraus* repose sur l'élaboration de solutions constructives pour la politique étrangère - non seulement par le biais du mécanisme politique traditionnel, mais aussi par un processus participatif ouvert et démocratique. 2019 apportera des défis passionnants pour la politique étrangère : qu'il s'agisse des élections européennes, du Brexit, de l'accession au pouvoir de Bolsonaro au Brésil ou du débat suisse sur la politique de développement. Nos 11 programmes thématiques ont réfléchi à ce qu'ils souhaitent que la politique étrangère suisse réalise en 2019 dans leurs domaines respectifs. Nous voulons relever ces défis ensemble et faire partie de la solution. Ensemble, façonnons l'avenir - commençons par l'année 2019.



Lukas Hupfer,
Geschäftsführer
Directeur

1. Programm Asien.....	1
2. Programm Diplomatie & internationale Akteure.....	3
3. Programm Entwicklungspolitik.....	4
4. Programm Europa.....	5
5. Programme Place financière.....	6
6. Programm Frieden & Sicherheit.....	7
7. Programme Genre.....	9
8. Programm Migration.....	10
9. Programm Science & Tech.....	11
10. Programm Umwelt, Energie & Verkehr.....	13
11. Programm Völkerrecht & Menschenrechte.....	15

Table Of Contents

1.

Programm Asien

Markus Herrmann, Michael Settelen, Shuting Ling

Die Schweiz ist viel enger mit dem Nachbarstaat Deutschland (251 Staatsverträge) als z.B. mit China (56 Staatsverträge) verflochten. Europa und die USA sind Abnehmer von 67% der Schweizer Exporte. Die Schweiz ist tagespolitisch, wirtschaftlich und kulturell primär nach Europa orientiert. Diese Umstände kontrastieren jedoch mit dem Wiederaufstieg Asiens: Asien trägt weltweit am meisten zum globalen Wirtschaftswachstum bei und bringt am meisten neue Menschen in die Mittelschicht. Das weltpolitische Gewicht Asiens kehrt nicht lediglich als Widerspiegelung der Summe wirtschaftlicher Macht zurück, sondern auch in Form eigener regionaler Gouvernanzinitiativen (v.a. ASEAN und SCO) und Mega-Handelsabkommen (v.a. CPTPP und RCEP) und durch einen zunehmenden

Multilateralismus – für die Schweizer Aussen- sowie Aussenwirtschaftspolitik stark an Bedeutung zunimmt, ist unbestritten.

Wir sehen in Asien drei zentrale strategische Herausforderungen: Es besteht erstens die Gefahr, aus den eingangs genannten Gründen diese Gewichtsverschiebung nach Osten nicht in voller Tragweite zu erkennen und damit den strategischen Zeitpunkt für eine stärkere Ausrichtung und Vorbereitung unserer Innen- und Aussenpolitik auf ein aufsteigendes Asien zu verpassen. Mögliche Folgen wären das Fehlen solider politischer Partner oder angesichts der regionalen Wirtschaftsintegration erschwerte Marktzugangs- und Investitionsbedingungen sowie die



Es braucht eine Debatte darüber, ob die gegenwärtigen Ressourcen und Kompetenzen für eine effektive Asien-Politik der Schweiz ausreichen.

(geo-)politischen Einfluss (z.B. in multilateralen Organisationen). Hinzu kommen durch Aufbruchstimmung angetriebene gesellschaftliche Dynamik sowie höchste technologische Ambitionen. Dass also Asien – bei zeitgleichem Rückzug der USA aus dem

Verdrängung aus heute bestehenden interkontinentalen Wertschöpfungsketten. Überdies ist die Welt mit dem Aufstieg Asiens – so schreibt es Botschafter Raphael Nägeli in einem kürzlichen Artikel in Der Volkswirtschaft – «nicht nur multipolar, sondern auch multi-

konzeptionell geworden». Dies bedeutet zweitens, dass ein fundiertes Verständnis der Pluralität asiatischer Werte- und Gouvernanzkonzepte für die bilaterale und multilaterale Auseinandersetzung mit Asien an Bedeutung gewinnt. So fällt uns als liberale Marktwirtschaft beispielsweise eine regulatorische Position bezüglich Investitionen industriepolitisch angeleiteter Wirtschaftsakteure nicht leicht. Drittens folgt aus der Multipolarität, dass die Kohärenz der Schweizer Aussenpolitik ausserhalb des «eigenen geopolitischen Pols» grundsätzlich anspruchsvoller wird. In Asien dürfte diese Kohärenz auf besonderem Prüfstand stehen, da diese Region die Hauptbühne der geopolitischen Rivalität zwischen China und den USA ist oder etwa eine Vielzahl konkurrierender, geopolitisch motivierter

Konnektivitätsinitiativen (Bsp. Belt and Road Initiative) beherbergt.

Unser aussenpolitisches Wirken in Asien wird also wichtiger und zugleich anspruchsvoller. Daher braucht es eine Debatte darüber, ob bereitgestellte Ressourcen sowie unsere kollektiven «Asien-Kompetenzen» für eine effektive Interessensverfolgung ausreichen. Eine besondere Chance könnte eine proaktive und enge Zusammenarbeit mit ausgewählten asiatischen Partnern für globale Gouvernanz-Reforminitiativen wie WTO oder UNO darstellen. Schliesslich sollten wir angesichts der «multipolaren und multikonzeptionellen Welt» Europa künftig noch aktiver als unsere politische Reflexionsheimat nutzen.

2.

Programm Diplomatie & internationale Akteure

Flurina Frei, Stefan Roth

Die Schweizer Diplomatie bewegt sich auf eine grosse Herausforderung zu: die Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat für die Periode 2023/24. Bereits 2011, nach Konsultation beider Aussenpolitischer Kommissionen vom Bundesrat beschlossen, gehen die Vorbereitungen in ihr achttes Jahr.

Ebenso lange steht die Schweizer Kandidatur aber auch unter dem prüfenden Blick der Gegner, die 2018 die Diskussion über das Thema wieder lanciert haben. Die Schweizer Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat wird in den nächsten Jahren für eine lebendige und umfassende Diskussion nicht nur über die Rolle der Schweiz in der UNO, sondern auch über die Auslegung der Neutralität unserer Nation führen. Nicht zuletzt ermöglicht dies auch, die Funktionalität und Viabilität der UNO als Institution neu zu ergründen.

Wir fordern, dass die Schweizer Diplomatie diese Chance wahrnimmt, Aussenpolitik tatsächlich zur Innenpolitik macht und diese Diskussion in die Schweiz hineinträgt. Es wäre hilfreich, mit konkreten Beispielen und Diskussionen die Frage zu klären, ob ein nichtständiger Sitz am Tisch des UNO-Sicherheitsrats ein neutralitätspolitisches «No Go» oder eine einmalige Plattform für die Schweiz als Brückenbauerin ist.

Unsere Forderung sollte keineswegs als einfaches «Go for it» verstanden werden, sondern als Aufforderung zur Diskussion. Befürworter und Gegner einer allfälligen Schweizer Kandidatur haben beide valable Argumente, die erörtert werden sollten. Wir sind aber der Überzeugung, dass die Deliberation 2019 ihren Anfang nehmen soll. Lasst uns diskutieren!



Wir fordern, dass die Schweizer Diplomatie Aussenpolitik zur Innenpolitik macht und über die Schweizer Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat diskutiert.

3.

Programm Entwicklungspolitik

Darja Schildknecht

Der Druck auf die Schweizer Entwicklungspolitik ist während der letzten Jahre gewachsen und ihre Ausrichtung und Wirksamkeit geben immer wieder Anlass zu parlamentarischen und extraparlamentarischen Debatten. Vor diesem Hintergrund wird momentan eine Neuausrichtung der Schweizer Entwicklungspolitik anlässlich der neuen Botschaft über die internationale Zusammenarbeit (2021-2024) diskutiert. Besonders heiss diskutiert wird, ob und wie migrations- und entwicklungspolitische Interessen gleichzeitig angegangen werden sollen. Wir wünschen uns für das Jahr 2019, dass sich die Schweizer Entwicklungspolitik primär auf ihre in der Bundesverfassung definierten Ziele, insbesondere die Linderung von Not und Armut, beruft und die Migrationspolitik nicht expliziten Einfluss auf die Ausrichtung der neuen Botschaft nimmt.

Es ist jedoch wichtig, eine vertiefte Reflexion darüber zu haben, wie und ob die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit migrationspolitische Themen und Ziele ab Inkrafttreten der neuen Botschaft angehen könnte. Welche Auswirkungen hätten diese neuen Zielsetzungen auf Wirksamkeit, Relevanz und Messbarkeit des Schweizer Engagements?

Grundsätzlich ist für die Formulierung der Ziele der Entwicklungspolitik die Bundesverfassung relevant. Sie legt den Fokus auf die Linderung von Not und Armut, die

Förderung von Menschenrechten und Demokratie und das friedliche Zusammenleben. Als Teil der Schweizer Aussenpolitik wird der Entwicklungspolitik aber auch eine Daseinsberechtigung als Instrument zur Stärkung weiterer Schweizer Interessen im Ausland zugeschrieben. Bei einer verstärkten Fokussierung auf Migration – und somit einem Thema, das für den innenpolitischen Diskurs von grosser Wichtigkeit ist – stellt sich die Frage, wie idealerweise ein Gleichgewicht zwischen den in der Verfassung verankerten Oberzielen der Entwicklungspolitik und innenpolitischen Bedürfnissen der Schweiz geschaffen würde. Wir fordern, dass sich die Schweizer Aussenpolitik auf ihre Grundwerte beruft und diese Verknüpfung von entwicklungs- und migrationspolitischen Zielen nicht ausschliesslich für Eigeninteresse vornimmt. Bei einer solchen Verknüpfung bleibt zudem unklar, welche konkreten Resultate die Schweiz in diesem Bereich über bilaterale und/oder multilaterale entwicklungspolitische Aktivitäten erreichen könnte. Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass die treibenden Kräfte von Migration beispielsweise auch unabhängig von sozioökonomischer Entwicklung und langfristig wirken können.

4.

Programm Europa

Cenni Najy, Wailea Zuelch, Darius Farman

Am 7. Dezember 2018 veröffentlichte der Bundesrat den Vertragstext des Rahmenabkommens. Anstelle diesen, wie von der EU erhofft, zu paraphieren, soll er in den kommenden Monaten während einer innenpolitischen Konsultation debatiert werden. Der veröffentlichte Text bringt zwar Transparenz, wird jedoch kaum die bereits kritischen Kreise überzeugen. Dafür bedarf es andere kreative Lösungsansätze. Zu Beginn des neuen Jahres wollen wir uns somit einer analytischen Blogreihe den umstrittenen Fragen des institutionellen Rahmenabkommens widmen.

Der übergeordnete Fokus für das Jahr 2019 ist eine europapolitische Strategie anzustossen. Es mag überraschen, dass der Bundesrat zu einem für die Zukunft der Schweiz so wichtigen Thema noch keine umfassende Strategie entwickelt hat. Mit den Wahlen im Herbst haben Politiker derzeit einen anderen Fokus. Die Wahlen am Horizont können ebenfalls erklären, wieso gegenwärtig selbst EU-freundliche Parteien davor zurückscheuen, die Diskussion über das nach ungefähr zehnjähriger Vorgeschichte und gut fünfjährigen Verhandlungen fertiggestellte Rahmenabkommen mit der EU offensiv zu

führen. Es braucht jedoch gerade eine breite und offene Debatte über den künftigen Platz der Schweiz in Europa.

An der Pressekonferenz zum Rahmenabkommen nannte Bundesrat Ignazio Cassis klar und deutlich das Ziel der Schweizer Europapolitik aus der Sicht des Bundesrats: Grösst möglichen Zugang zum europäischen Binnenmarkt gepaart mit der meist möglichen Souveränität. Wo sind hier jedoch die Grenzen? Diese wichtige Frage wird zu wenig diskutiert. Es gerät immer wieder in den Hintergrund, dass ökonomische Integration ein per saldo für alle vorteilhaftes Geben und Nehmen sein muss. Es ist nicht möglich, nur dort mitzumachen, wo es profitabel ist und dann in anderen Bereichen protektionistische Mauern aufzuziehen, vor allem nicht, wenn das Verhältnis grundweg asymmetrisch ist. Eine realistische Debatte, was für ein Verhältnis zu der EU möglich ist, würde ebenfalls dem Rahmenabkommen helfen.

In diesem Sinne nehmen wir uns als *foraus* Programm Europa für das Jahr 2019 vor, eine breite europolitische Strategie anzustossen.

5.

Programme Place financière

Renaud Vuignier, Stefan J. Wagner

Le programme Place Financière du *foraus* vous envoie ses meilleurs vœux et vous souhaite une année 2019 sous le signe de la paix commerciale (#TradePeace).

Dans le contexte d'une politique fiscale et commerciale américaine chamboulante, d'une future politique économique brésilienne hasardeuse, d'une

(#CivilSocietyFirst), d'oser des questions qui fâchent comme le protectionnisme ou le multilatéralisme et de proposer des pistes d'amélioration utiles et durables.

Concrètement, le programme Place Financière se réjouit vivement de vous accueillir au printemps 2019 à Genève pour son événement dédié aux relations Suisse –



Nous nous devons de réunir des acteur·rice·s de perspectives différentes (#CivilSocietyFirst), d'oser des questions qui fâchent comme le protectionnisme ou le multilatéralisme et de proposer des pistes d'amélioration utiles et durables.

politique économique chinoise ambitieuse (#InnovatedinChina2025), d'un Brexit incertain et de relations Suisse – UE sur le qui-vive, la contribution du *foraus* pour un débat de fond sur des questions de politique économique extérieure est essentielle ! En tant que think tank innovant, nous nous devons de réunir des acteur·rice·s de perspectives différentes

Etats-Unis en présence de l'Ambassadeur américain en Suisse, de continuer à s'efforcer de placer la question de l'accès au marché au cœur du débat sur les relations Suisse – Union européenne, de débattre des enjeux de la Finance durable pour la Suisse internationale par Genève et d'échanger avec vous pour développer des idées de politique étrangère pertinentes et innovantes.

6.

Programm Frieden & Sicherheit

Chokey Dunchu, Julia Hofstetter, Benno Zogg

Die Schweiz soll die Auswirkungen grenzüberschreitender Herausforderungen auf unsere Sicherheit anerkennen und entsprechend Verantwortung übernehmen. In einer Zeit, in der in Europa wieder offene Konflikte herrschen und Europas Nachbarschaft zunehmend instabil ist, soll die Schweiz ihre Beteiligung an friedensfördernden Einsätzen ausbauen, die beteiligte Truppenzahl erhöhen und sich in neuen Kontexten engagieren.

Der Krieg in der Ukraine, Aufrüstung sowie neue Spannungen im Balkan führen vor Augen, dass sicherheitspolitische Stabilität in Europa nicht gegeben ist. Darüber hinaus ist Europas Nachbarschaft instabiler geworden. Krisen im Sahel, Staatszerfall in Nordafrika sowie Instabilität in Zentralafrika oder am Hindukusch wirken über die Regionen hinaus. Sie verstärken Herausforderungen von gewalttätigem Extremismus,

grenzüberschreitender Kriminalität und Migration. Die betroffenen Bevölkerungen leiden. Selten war der Bedarf an militärischer wie ziviler Friedensförderung durch die Vereinten Nationen oder regionale Organisationen grösser.

Europa und die Schweiz müssen diesen Entwicklungen Rechnung tragen und stärker Verantwortung übernehmen. Die Schweiz beteiligt sich vergleichsweise schwach an friedensfördernden Missionen; oft nur mit einer Handvoll ExpertInnen oder Beobachtenden. Die Schweiz soll zur Stabilität beitragen, von der unser Wohlstand und unsere Sicherheit abhängen; soll nicht als Trittbrettfahrerin wahrgenommen werden; und die Schweizer Armee soll wichtige operationelle Erfahrungen sammeln. Die grösste Mission der Schweiz, in Kosovo, wird gar kleiner – umso wichtiger sind neue Einsatzfelder, um dem Ziel des Sicherheitspolitischen



**Die Schweiz soll ihre Beteiligung an
friedensfördernden Einsätzen
im Ausland ausbauen.**

Berichts von 500 Männern und Frauen im Feld näherzukommen.

Die Schweiz als Akteurin in der Friedensförderung hat keine koloniale Vergangenheit, ist für ihre neutrale und zurückhaltende Aussenpolitik geschätzt und ihre Milizarmee bildet eine breite Basis mit vielfältiger Expertise. Schweizer Beteiligung im Nahen Osten, im Sahel, aber auch in Europa – in derzeitigen und möglichen zukünftigen Missionen in der Ukraine beispielsweise – wäre also gefragt. Die Armee muss

indes die nötigen Strukturen, Ausbildungsgefässe und Karrierepfade bereitstellen. Der Nutzen operationeller Einsatzerfahrung im Ausland für die Armee und für die beteiligten Dienstleistenden muss erkannt werden. Auf diesem Weg kann die Schweiz unsere Sicherheit im Ausland stärken, langfristige Stabilität in Europas Nachbarschaft fördern, das Leid betroffener Bevölkerung lindern, Solidarität zeigen und wichtige Einsatzerfahrung sammeln.

7.

Programme Genre

Maria Isabelle Wieser

Augmenter la visibilité et la place des femmes dans les négociations d'accords internationaux, voilà la résolution du programme genre pour l'année 2019. Qu'il s'agisse des tables de négociations pour la conclusion d'un accord-cadre entre la Suisse et l'Union européenne (UE) ou de celles pour des accords entre l'UE et le Royaume-Uni post-Brexit, du G20 ou encore de n'importe quel accord de paix, les femmes restent sous-représentées lorsqu'il s'agit de trouver des solutions. Pourtant, dans pratiquement tous les cas, ces accords (ou dans le cas du Brexit le risque d'un non-accord) touchent les femmes d'une autre manière que les hommes. Dans le contexte du Brexit par exemple : en cas de « no-deal » ou « hard » Brexit, le droit de séjour pour des non-ressortissant-e-s proposé par le Royaume-Uni discrimine les personnes qui ont eu des périodes de non-emploi, comme des congés parentaux ou de soins pour des parents âgés. Cela concerne en grande majorité les femmes. En général, des accords économiques visent d'une manière différenciée les secteurs de travail comme les entreprises multinationales, dans lesquelles la grande majorité des personnes hautement placées sont des hommes, que des

secteurs comme la santé ou l'éducation, dans lesquels la majorité des femmes trouvent des emplois. Négocier des accords économiques, y compris des traités comme l'accord-cadre entre la Suisse et l'UE, nécessite que les droits des travailleur-euse-s soient pris en compte. Cela touche aussi des questions comme la protection de femmes enceintes, de mères qui allaitent ou le travail à temps partiel, qui concerne davantage les femmes que les hommes aujourd'hui.

Quant aux négociations d'accords de paix, elles se font souvent avec une trop petite représentation de femmes. Pourtant, les conflits peuvent affecter les femmes de manière différente que les hommes, surtout si les rôles des hommes et des femmes sont très traditionnels et genrés. Cependant, ce n'est pas un secret que des accords de paix qui se sont fait avec une meilleure représentation de tous les groupes concernés ont amené à une paix plus durable. De plus, des études ont montré que des équipes mixtes augmentent la qualité de prise de décision et diminuent la prise de risques.

8.

Programm Migration

Philipp Lutz

Die Schweiz sollte sich darum bemühen die Polarisierung in Migrationsfragen zu überwinden. Anstatt darüber zu diskutieren, ob Migration gut oder schlecht ist, braucht es gute Lösungen um die gesellschaftliche Realität von Migration zu gestalten. Dazu braucht es die Einsicht, dass die Schweiz ein Migrationsland ist und sich nicht vor der Welt zu fürchten braucht. Gesellschaft und Volkswirtschaft sind geprägt durch transnationale Realitäten. Das Programm Migration wünscht sich fürs 2019 eine ehrliche Debatte über die Möglichkeiten und Chancen gestaltender Migrationspolitik in der Schweiz aber auch durch

internationale Zusammenarbeit. Im Rahmen der Tour-de-Suisse zum internationalen Genf diskutieren wir dies zusammen mit ExpertInnen aus Politik, Wissenschaft und internationalen Organisationen. Zudem warten wir fürs Jahr 2019 mit frischen Ideen zur Schweizer Migrationspolitik auf, unter anderem eine Weiterentwicklung der Schweizer Resettlement-Politik mit einer stärkeren politischen Legitimität, neuen Hintergründen zur Personenfreizügigkeitsdebatte und einer Idee, wie das Entwicklungspotential der Drittstaatenmigration besser ausgeschöpft werden kann.



**Die Schweiz soll die
Polarisierung in Migrationsfragen
überwinden.**

9.

Programm Science & Tech

Pascal Oberholzer

«Künstliche Intelligenz», «machine learning», «deep learning» – Schlagworte, die 2018 in immer schnellerer Kadenz zu hören waren. Obwohl für die meisten ein abstrakter Begriff, wird der künstlichen Intelligenz (KI) gemeinhin das Potential zu einer immensen Veränderung unserer Gesellschaft in all ihren Bereichen attestiert. Die Wertung dieser möglichen Veränderungen schwankt jedoch zwischen Kassandrarufen und Fortschritts-optimismus. Diese Ausgangslage – grosse Chancen wie auch Risiken – hat bereits viele Staaten dazu bewogen, eigens eine Strategie für künstliche Intelligenz zu entwickeln. Die Schweiz hat dank der neuen

dass die Schweiz eine schlagkräftige Strategie zum Thema künstliche Intelligenz ausarbeitet, um für kommende Veränderungen gewappnet zu sein. Gefragt sind klare Rahmenbedingungen und die nötigen Rechtsgrundlagen, die nicht einfach die Risiken des Einsatzes von KI einschränken, sondern gleichzeitig durch klare Regeln, beispielsweise zur Datennutzung zum «trainieren» von KI-Algorithmen, auch die Innovationskraft und Investitionssicherheit in diesem Bereich erhöhen. Um möglichen negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, braucht es nebst neuen Bildungsangeboten, insbesondere für Berufstätige, auch



Wir wünschen uns eine schlagkräftige Schweizer Strategie zum Thema künstliche Intelligenz, mit klaren Rahmenbedingungen.

[Digitalisierungsstrategie](#) des Bundes vom September 2018 nun erstmals eine Arbeitsgruppe geschaffen, die sich explizit mit künstlicher Intelligenz befasst.

Für das Jahr 2019 hegen wir deshalb den Wunsch,

langfristige Szenarien für das Wirtschaftsleben unserer Gesellschaft.

Als Kleinstaat kann sich die Schweiz der internationalen Dynamik dieses Themas nicht entziehen. Um als

Innovationsstandort für KI nicht von den Grossmächten USA und China abgehängt zu werden, drängt sich deshalb eine Koordination auf europäischer Ebene auf. Als liberaler, demokratischer Staat sollte die Schweiz zudem auch dazu beizutragen, international klare Richtlinien für die Entwicklung und Nutzung künstlicher Intelligenz und die dafür benötigten Daten zu schaffen,

um der Militarisierung von KI sowie deren Missbrauch zur Überwachung oder Beeinflussung von Menschen entgegenzuwirken.

10.

Programm Umwelt, Energie & Verkehr

Anna Stünzi, Oskar Jönsson

Die Schweiz hat international einen guten Ruf im Bezug auf den Umwelt- und Klimaschutz. Wir sind bekannt für unseren vergleichsweise kohlenstoffarmen Strommix, das saubere Wasser, die reine Luft in den Städten. Unsere Delegation an der Klimakonferenz gilt als konstruktiv und kann sich einen Anteil am Erfolg des Pariser Abkommen zuschreiben. Die Forschung zu Umweltthemen an Schweizer Universitäten und den angegliederten Institutionen ist auf einem inter-

Jahr stellen? Das *foraus*-Programm Umwelt, Energie & Verkehr hat einen aussenpolitischen Wunsch und einen zur Innenpolitik, welcher die Aussenpolitik massgeblich beeinflusst.

Seien wir auch dort Pionierin, wo die Medien noch nicht berichten!

Während die Medien dem Thema Klimawandel im Jahr 2018 verhältnismässig viel Aufmerksamkeit schenkten,



Die Schweiz soll auf nationaler Ebene eine ambitionierte Klimapolitik verfolgen, welche die internationale Arbeit der Schweizer Diplomatie untermauert.

nationalen Spitzenniveau, was etwa im Bereich der Meteorologie und Klimatologie zum aussenpolitischen Erfolg der Gewährung des Beobachterstatus im Arktisrat geführt hat.

Welche Vorsätze soll sich die Schweiz also für das neue

gingen andere Themenbereiche in der Nachrichtenflut unter. Die COP zur Biodiversität oder die COP zur Minamata Konvention, welche beide nur wenige Wochen vor der Klima-COP stattfanden, wurden praktisch ohne Beachtung der Öffentlichkeit ausgerichtet. Das liesse sich ändern. Wenn der Bundesrat beispielsweise

an den COPs teilnehmen würde, könnte das ein Ansporn für andere Staatsoberhäupter sein ebenfalls teilzunehmen, und so diese Themen auf der politischen Agenda nach oben zu rücken. Gerade jetzt, wo die post-2020 Agendas verhandelt werden, ist das öffentliche Bewusstsein für diese Probleme für den Verhandlungserfolg ausschlaggebend.

Setzen wir den internationalen Ruf der Schweiz nicht aufs Spiel!

Das erfreuliche Bild der Schweizer Klimanation hat ein Kohärenzproblem. Während die Schweizer Delegation an der COP24 in Polen für stringente Regeln und am-

ambitionierten Klimaschutz aller Länder plädierte, hat der Nationalrat das nationale CO₂-Gesetz zuerst stark abgeschwächt und danach ganz abgelehnt. Diese Inkohärenz schadet in erster Linie der Klimapolitik, womit die Chancen schwinden, die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Warum sollen andere Staaten ihre Ziele ambitionierter ansetzen, wenn das die Schweiz nicht tut? Es schadet aber auch der Glaubwürdigkeit der Schweizer Diplomatie allgemein. Wir wünschen uns daher, dass die Schweiz auf nationaler Ebene eine ambitionierte Klimapolitik verfolgt, welche die diplomatische Arbeit der Delegation untermauert.

11.

Programm Völkerrecht & Menschenrechte

Kevin Karlen, Matthias Rast

Am 7. Juli 2017 stimmte die Schweiz für den Schlusstext des UNO-Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (Kernwaffenverbotsvertrag, TPNW). Im vergangenen August fällte der Bundesrat jedoch einen vorläufigen Nichtbeitrittsentscheid, gemäss welchem die [«Gründe gegen einen TPNW-Beitritt die potenziellen Chancen eines Beitritts überwiegen.»](#)

Dieser Entscheid stiess auf [Empörung und Unverständnis](#) von vielen Seiten. Auch, weil der Bericht des Bundesrates in weiten Teilen [«widersprüchlich und sachlich unfundiert»](#) sei. Nun hat sich nach dem [Nationalrat](#) auch der [Ständerat](#) klar für eine rasche Unterzeichnung und Ratifizierung des TPNW aus-

gesprochen. Das Parlament hat somit unmissverständlich seine Ansicht dargelegt, dass die Glaubwürdigkeit der Schweiz als Fürsprecherin des humanitären Völkerrechtes und dessen zugrundeliegende Werte schwerer wiegen als vage sicherheitspolitische Strategeme.

Ein klares Zeichen der Ächtung von Kernwaffen ist im Sinne einer kohärenten Schweizer Aussenpolitik und in Übereinstimmung mit der humanitären Tradition und Neutralität unseres Landes. Deswegen empfiehlt die Programmgruppe Völkerrecht dem Bundesrat den TPNW zur Unterzeichnung und Ratifizierung.



**Ein klares Zeichen der Ächtung von
Kernwaffen ist im Sinne einer
kohärenten Schweizer Aussenpolitik**

Become part of the global *foraus* network

as a member

A membership in our unique network and a voluntary involvement at *foraus* is open to everyone. We offer you access to an extraordinary network, fascinating personalities, and the possibility to bring your academic know-how into the public debate.

as an author

foraus enables you to tackle the challenges in Swiss and international foreign policy and offers you a platform where you are invited to publish your innovative ideas in the form of a discussion paper, a short analysis or a blog.

as a benefactor

Our circle of benefactors, the «Cercle des Donateurs», contributes to the dissemination of the sponsorship, and offers interested personalities the possibility to support and promote *foraus*.

Most recent publications

foraus-Policy Brief

Bilateralism on the verge: A provision within the institutional framework between Switzerland and the European Union

foraus-Policy Brief

Breaking the deadlock – A proposal for a genuine arbitration mechanism to solve disputes between Switzerland and the European Union

foraus-Diskussionspapier Nr. 37

**Nach ihr die Sintflut: Die «Selbstbestimmungsinitiative»
Folgen für die Aussen- und Staatspolitik der Schweiz**

www.foraus.ch

Zürich | *foraus* – Forum Aussenpolitik | Röschibachstrasse 24 | 8037 Zürich
office@foraus.ch | +41 44 501 68 65

Genève | *foraus* – Forum de politique étrangère | c/o Organisation Météorologique Mondiale
CP N°2300 | 7bis Avenue de la Paix | CH-1211 Genève
bureau_romandie@foraus.ch | +41 22 273 86 16

IBAN: CH06 0900 0000 6017 6892 9